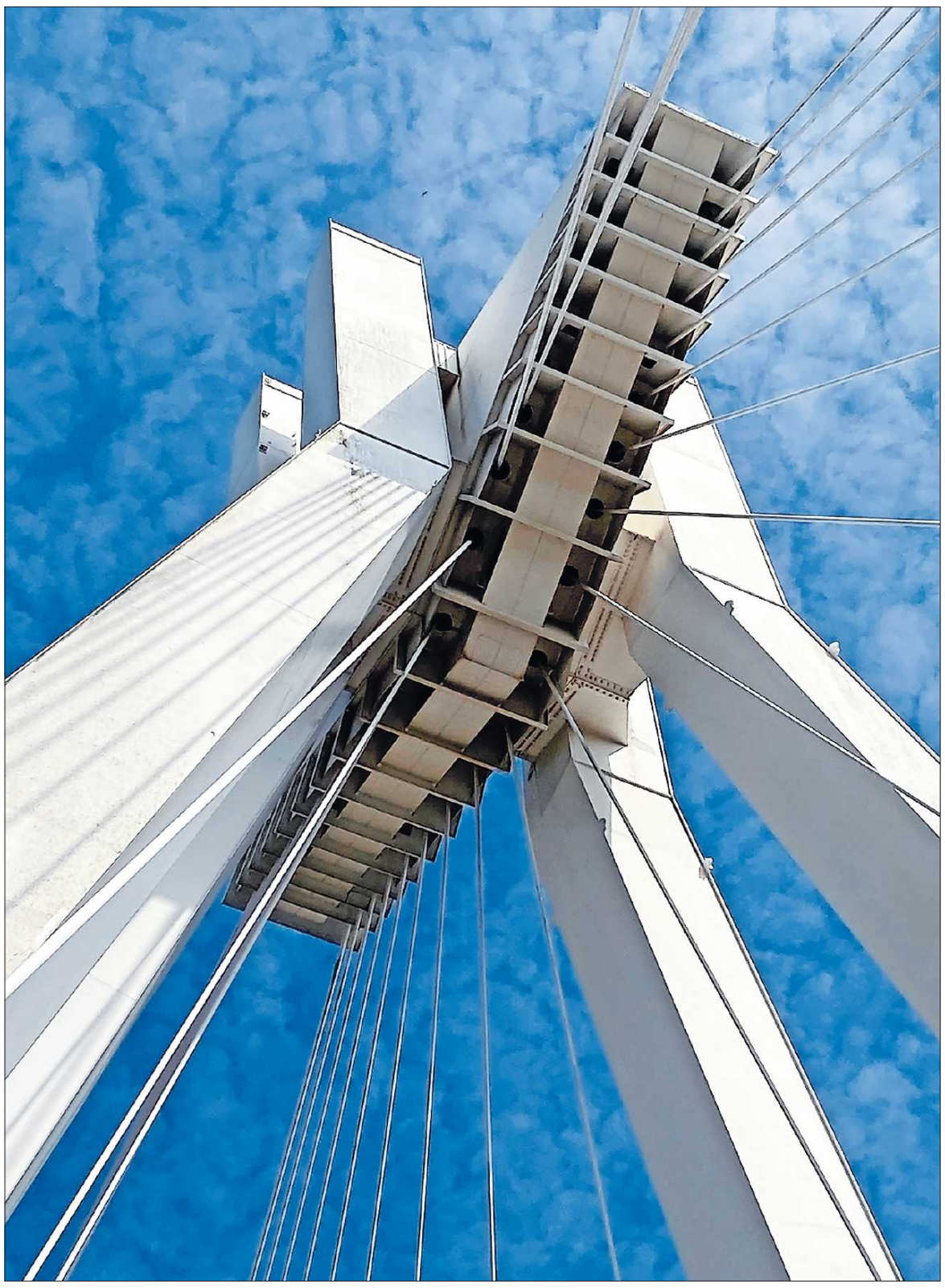
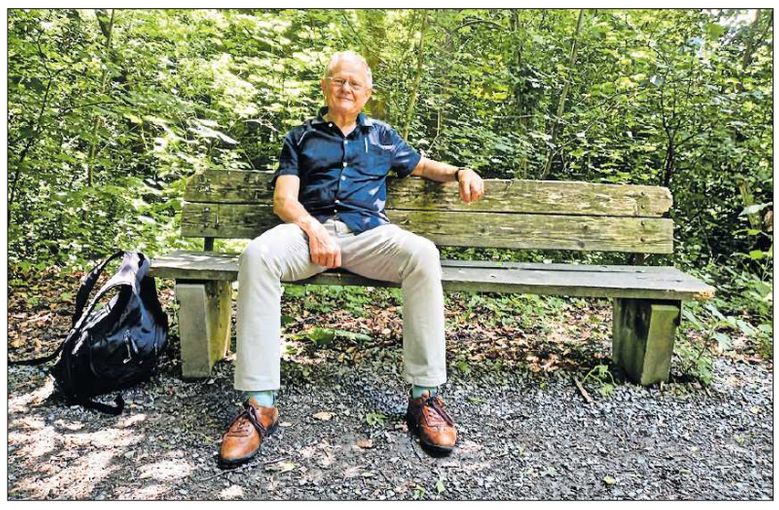
Risiko-Patient LU

SERIE: IM BUNDESTAG, UND NUN? Armin Grau von den Grünen, aktuell einziger Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Ludwigshafen-Frankenthal, lebt in Altrip. Was nicht heißt, der gelernte Neurologe hätte keinen Blick für die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen der kriselnden Chemiestadt. Eine politische Radtour. *Von Daniel Krauser*



WAHRZEICHEN Die Pylonbrücke der Hochstraße Süd ist eine Dauerbaustelle. Die mehrspurigen Verkehrswege unter ihren weißen Stahlseilen sind gerade voll gesperrt. FOTO: TÜI



IM GRÜNEN Armin Grau bei der Rast im Maudacher Bruch. Der gebürtige Stuttgarter, Jahrgang 1959, war lange Leiter der neurologischen Klinik am Klinikum Ludwigshafen. Der Wahl-Altriper kennt also Ludwigshafens „Baustellen" gut – links im Bild die Ruine des Rathaus-Centers. FOTOS: DLK/TÜI

Es liegt eine ziemlich knallige Sonne über den Rabatten vor dem Haupteingang des Ludwigshafener Klinikums. Die jetzt folgende Botschaft ist freilich weder sonnig noch froh – aber vielleicht ist sie eine, die die Essenz des Ortes fasst. Als Armin Grau im Hauptberuf noch Leiter der Neurologie am Klinikum Ludwigshafen war, da hat er eine regionale Studie zur Schlaganfallhäufigkeit mitinitiiert, eine der ersten dieser Art in Deutschland. Er hatte zu Beginn seiner Tätigkeit in Ludwigshafen den Eindruck, es gäbe hier mehr Schlaganfallpatienten als beispielsweise in Heidelberg, da war er vorher tätig – und der Eindruck hat, zumindest in bestimmten Altersgruppen, nicht getrogen. Darauf aufbauend hat er soziale Einflussfaktoren in Kindheit und Erwachsenenalter untersucht. Und es hat diese Studie nun etwas gezeigt, was man so geahnt hatte, und etwas, das man so vielleicht nicht hatte glauben wollen.

Ungünstige soziale Verhältnisse im Erwachsenenalter führen – neben Rauchen, hohem Blutdruck, Bewegungsmangel und anderen Faktoren – zu einem erhöhten Schlaganfallrisiko. Die Tristesse kommt allerdings erst noch: „Die Last der Kindheit wird man nicht mehr los", sagt Grau, heißt: Wer als Kind unter nachteiligen Bedingungen aufwächst, hat ein erhöhtes Schlaganfallrisiko, unabhängig von Faktoren wie Rauchen oder Alkohol. Und dieses Risiko bleibt höher, selbst wenn man Abitur macht, einen gut bezahlten Job hat und einen sozialen Aufstieg hinlegt.

Er hat es selbst ins Gespräch eingebracht, das Beispiel, Grau, Bundestagsabgeordneter der Grünen, beim ersten Stopp einer Fahrradtour durch Ludwigshafen, vor dem Klinikum, in dem er über 19 Jahre lang gearbeitet hat. Einiger Betrieb am Haupteingang, die Raucher stehen etwas verschämt an der Seite. Eineinhalb Stunden später und fast schon am Ende der Tour wird er sagen: „Wir Grüne waren immer auch eine Sozialstaatspartei", um hinzuzufügen: „Gesundheitspolitik ist Sozialpolitik."

Der 66-Jährige ist der letzte Vertreter aus dem einst stolzen Wahlkreis Ludwigshafen - Frankenthal, über den zweiten Platz der Landesliste ist er ins Parlament gekommen. Der Wahlkreis entsendet heuer wegen ungenügender Zweitstimmendeckung keinen Direktkandidaten, was der Wahlrechtsreform geschuldet ist. Gewonnen und dann wieder nicht gewonnen hat ihn CDU-Kandidat Sertac Bilgin, 27,1 Prozent der Stimmen. Und so ist der letzte Abgeordnete aus dem Wahlkreis also gebürtiger Stuttgarter, Mediziner und wohnhaft in Altrip, zweite Legislaturperiode für den Grünen Grau, dessen Schwerpunkte – er selbst hat es bei der gemeinsamen Radtour früh angedeutet – Gesundheits- und Sozialpolitik sind. Stört ihn die Unwucht bei der politischen Vertretung der beiden pfälzischen Kommunen? „Die jetzige Lösung ist eine akzeptable – aber nicht die beste", wird Grau später sagen, und eine Reduzierung der Wahlkreise auf „250 oder noch weniger" ins Gespräch einbringen.

Gleichwohl: Aus dem hoch verschuldeten und problembeladenen Ludwigshafen selbst ist jetzt eben keiner mehr in Berlin – und der, der noch in Berlin sitzt, gehört einer Partei an, deren sozialpolitische Kompetenz manche Wähler eher skeptisch sehen. „Die Distanz von manchen Menschen zu uns Grünen ist größer" als zu anderen Parteien, sagt er gegen Ende der Tour. Vielleicht steht man ja jetzt auch deswegen vor dem Ludwigshafener Klinikum, dessen Patienten eben auch Ausdruck sozialer Realitäten sind, und wird gleich an die Gräfenauschule im Stadtteil Hemshof weiterfahren, beide Stationen hat Grau vorgeschlagen.

Klinikum heißt unter anderem: Bilanz der Krankenhausreform. Eines der letzten Projekte, das die rot-grüne Restampel am Ende noch verwirklicht hat, also: Das Bündeln von spezialisierten Leistungen in einzelnen Kliniken, es muss nicht jeder alles vorhalten. In Rheinland-Pfalz sollen „Regiokliniken" eine flächendeckende Versorgung gewährleisten. So weit gelungen, die Reform, meint Grau, hängt allerdings auch von der Umsetzung durch die Bundesländer ab, sagt er. Womit dann auch noch eine Problemlage aufschimmert, die sich auch an der Gräfenauschule zeigen wird.

Grau war vor nicht allzu langer Zeit zu Besuch in der Lehranstalt, die inzwischen bundesweite Bekanntheit erlangt hat, als Beispiel für die Verwerfungen im Bildungssystem, in denen sich auch Probleme der Zuwanderergesellschaft widerspiegeln: hoher Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund, hohe Sitzenbleiber-Quote, Bildungsbemühungen am Anschlag in einem schwierigen sozio-ökonomischen Umfeld. Sieht man dem 1904 erstellten Bau von außen auch nicht an: Gründerzeitarchitektur an alleeähnlicher Straße, man hält an diesem warmen Tag auf einem angenehm beschatteten Trottoir.

Er habe bei seinem Besuch „den Eindruck bekommen, dass die Lehrkräfte sehr engagiert sind", sagt Grau, Engagement alleine wird's allerdings kaum richten: Die Gräfenauschule ist wie die nahe Goetheschule im „Startchancen-Programm", das die Ampel noch umgesetzt hat, 20 Milliarden Euro binnen zehn Jahren für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem, letztere ein schon lange virulentes deutsches Problem. „Es gibt in den westlichen Staaten kein Land, in dem sich der Bildungshintergrund der Eltern so stark auf die Kinder auswirkt", sagt Grau.

Was sich in einer überschuldeten Stadt wie Ludwigshafen mit vielen sozialen Problemen und vielen Zuwanderern natürlich besonders deutlich zeigt, und deshalb landet das Gespräch auf dem Trottoir vor der Schule fast automatisch beim Thema kommunale Finanzen. Und der Frage, ob die, die da am unteren Ende der staatlichen Aufgabenkette liegen, die Kommunen nämlich, ihre Aufgaben überhaupt noch schultern können. Auch die Frage fasst die Essenz des Ortes: Immerhin hat die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (parteilos) die Frage für sich selbst mit „nein" beantwortet – und tritt bei der Wahl in diesem Jahr nicht mehr an.

„Wir brauchen eine Altschuldenregelung und wir brauchen eine grundsätzliche Neuverteilung der Einnahmen", sagt Grau, der sich politisch schon lange mit Fragen der kommunalen Finanzierung beschäftigt. Eine teilweise Übernahme der kommunalen Altschulden durch den Bund hatte die Ampel noch auf den Weg gebracht – die Diskussion über die grundsätzliche Alimentierung der Städte und Gemeinden ist dagegen jahrzehntealt. Und wenn man Grau nun fragt, warum dies alles so ist, wie es ist, überschuldete Kommunen wie Pirmasens oder Ludwigshafen sich selbst kaum noch handlungsfähig sehen, dann wirkt Grau selbst ein wenig ratlos.

Das „Konnexitätsprinzip (*wer bestellt, der bezahlt, d. Red.*) muss eingehalten werden", sagt er, stand sogar im Koalitionsvertrag der Ampel – aber irgendwie scheint in den verschiedenen Schichten von Staatlichkeit Verantwortung zu diffundieren. Bis sie bei denen hängen bleibt, die Verantwortung für Pflichtaufgaben nicht mehr von sich weisen können. Rund 260 Millionen Euro der Ausgaben für Soziales, Kinder und Jugendliche sind in Ludwigshafen laut OB Steinruck Jahr für Jahr nicht gedeckt.

Stellt sich die Frage, ob die da oben immer wissen, welche genauen Folgen ihre Entscheidungen für die da unten haben. „Es gibt ja kein Ministerium im Bund, in dem die Kommunen als Gruppe vertreten sind", sagt Grau. Wäre vielleicht ein Baustein eines Lösungsansatzes: eine permanente Schnittstelle zur Rückkoppelung zwischen Kommunen und Bund.

Kurze Zwischenstation an der Baustelle zur neuen Stadtstraße, die die marode Hochstraße Nord ersetzen soll. Es zieht sich die Baustelle in der Innenstadt vom Beton-Skelett des Rest-Rathauscenters bis zum Hauptbahnhof – wie ein großer Schnitt, mit dem sich die Stadt von einem Teil ihrer Entwicklungsgeschichte losmacht. Auf dem nahen Ex-Parkplatz Jägerstraße häuft sich der Sand, im benachbarten Friedenspark kleine Gruppen von Müßiggängern auf den Parkbänken.

Das sind auch wahnsinnige Bausünden der 1970er-Jahre, unter denen die Stadt heute leidet", sagt Grau. „Jetzt hat man die Chance zu neuen Lösungen", mit Bundeshilfe im Übrigen. Die an der strukturellen Unterfinanzierung der Stadt natürlich genauso wenig etwas ändern wird wie das neue Investitionsprogramm der schwarz-roten Regierung. Grau schlägt immerhin vor. „Vermögen stärker" zu belasten, „da fehlen uns Dutzende Milliarden Euro", sagt er.

Wenig später steht er dann gleichsam im Zentrum eines Dreiecks, in dem sich viele Problemlagen der Stadt verdichten: Vor den „weißen Blöcken" an der Bayreuther Straße, das Quartier also, in dem die Stadt Wohnungslose unterbringt. Direkt gegenüber: Eine im vorigen Jahr gebaute Container-Siedlung für Geflüchtete, gleichsam an das Alt-Ghetto geklebt. Und am dritten Schenkel des Dreiecks: Kita und Hort der ökumenischen Fördergemeinschaft, die sich mühen, die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungskarriere zu legen, und hier wie in ganz Ludwigshafen fehlen die Ressourcen dafür, über 3000 Kita-Plätze sind es stadtweit. Deutschland habe bei der Versorgung mit Kita-Plätzen „ein riesiges Gerechtigkeitsproblem", sagt Grau.

Das im letzten Jahrzehnt strukturell nicht eben besser geworden ist. Direkt gefragt: Hat man sich mit der 2015 eingeleiteten Zuwanderungspolitik zu viel zugemutet – in erster Linie also den schon vorher unzureichend ausgestatteten Bildungs- und Sozialsystemen? „Nein", sagt Grau, „Merkel hat das richtig gemacht." Die Bundeskanzlerin hätte allerdings „dem Satz ‚Wir schaffen das' Taten folgen lassen sollen", meint er.

Auf eine Tat der Ampel lässt Grau im Übrigen nichts kommen: „Das Bürgergeld ist eine gute Sache", sagt er, die Grünen haben es in der Ampel mitgetragen. Leistungskürzungen, wie sie Schwarz-Rot derzeit im Rahmen der Pläne für eine „Neue Grundsicherung" diskutiert, steht Grau durchaus skeptisch gegenüber. „Da fremdle ich mit der SPD", sagt er.

Letzte Station der Tour gleichsam im natürlichen politischen Biotop des Grünen, eine Station unter dem Schatten von alten Bäumen. „Ich mag das Maudacher Bruch", sagt Grau, also das Niedermoor zwischen den Stadtteilen Gartenstadt, Maudach und Oggersheim, das in den 1970er-Jahren trockenzufallen drohte und dann mit einem verbesserten Grundwassermanagement erhalten worden war. Einen schleichenden Rückgang gibt es weiter; und wie viel jenes Niedermoors, wichtig auch für die CO_2-Speicherung, noch erhalten ist, soll ein aktuell laufendes Projekt klären.

Stichwort Co_2 und das Thema, das laut Grau ein „typisches Beispiel für den internen Streit der Ampel" war: das novellierte Gebäudeenergiegesetz, umgangssprachliche Bezeichnung „Heizungsgesetz". Die „Behauptung, es sei ein Förderprogramm nur für die Wärmepumpe, hat nie gestimmt", sagt Grau. Aber wahrscheinlich bündeln sich in der teilweise recht erregten Diskussion um jenes Gesetz genau jene Problemlagen, die die Radtour durch Ludwigshafen insgesamt bestimmt haben: Die Ahnung, dass die da oben nicht mehr wissen, welche Probleme die da unten haben; eine Gesetzgebung, die sich zunehmend schwertut, in die ganz unterschiedliche Lebensrealität der Menschen regelnd einzugreifen; und vielleicht am stärksten die Furcht in vielen sozialen Milieus, nicht mehr gehört und nicht mehr wahrgenommen zu werden.

Und was tut man da, als letzter Abgeordneter aus dem Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal, als Grüner und Mediziner und Bürger der Rheinauengemeinde Altrip? „Ich rede eigentlich mit jedem", sagt Grau. Es ist dies ja schon mal die Essenz des Jobs.

SERIE

FÜR DIE PFALZ IN BERLIN

Seit März läuft die Legislaturperiode des neuen Bundestags. 31 Rheinland-Pfälzer sind dabei. Was werden diese neu gewählten Abgeordneten für ihre Heimat tun? Und warum? Was treibt sie an? Porträthafte Hintergründe über Politiker der vier stärksten Parteien – CDU, AfD, SPD und Grüne – geben Aufschluss. Dies ist Folge 1 einer losen Serie. |ras